Nr. 250 · 21. Jahrg.

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 12. Dezember 1922

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Die Sächsische Volkszeitung erscheint zurzeit dreimal wöchentlich. Bezugspreis für Dezember durch die Post 300 M. Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 30 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 75 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 5 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung der Zeitung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Einzelnummer 25 M. Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. | Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Burdach, An der Petrikirche 4

Tagesschau

Vertreter der Zentrumspartei aus den Ländern am Rheine, u. a. auch der Reichskanzler a. D. Fehrenbach und andere führende Parlamentarier billigten einmütig eine längere Entschließung, in der auf die unbestreitbare rechtliche Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland hingewiesen wird. Eine gewaltsame Lostrennung würde eine tiefe Erschütterung zur Folge haben. Das Rheinland weise mit Entrüstung eine Lostrennung ab. Es lege Verwahrung gegen den politischen Druck der Besatzung insbesondere durch schwarze Truppen, ein. Ebenso gegen die Benutzung weiter Strecken fruchtbaren Kulturbodens zu militärischen Zwecken, während 5 Millionen Deutscher Hunger leiden. An alle zivilisierten Mächte ergehe der Hilferuf: Macht diesem Zustande ein Ende!

Lloyd George erklärte, wenn Frankreich Großbritanniens Garantie für den Schutz seiner Grenzen annimt, schwindet für Frankreich jeder Vorwand zur Annexion des linken Rheinufers.

Vom deutschen Rhein

Bei einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern rheinischer Zeitungen führte Reichskanzler Cuno über die Rheinlandfrage u. a. folgendes aus:

„Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, meine Herren, Ihnen als den Männern der rheinischen Presse für die ernsten und festen Worte zu danken, die Sie gegenüber den Zeitungsmeldungen gefunden haben, die sich mit der bekannten Sitzung im Elysee befaßten. Ich will heute nochmals betonen, daß die Reichsregierung unbeirrbar bei ihrer im Reichstag abgegebenen Erklärung bleibt. Keine deutsche Regierung, mag sie aussehen wie sie will, kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn die Preisgabe des Rheinlandes wäre das Ende des Deutschen Reiches. In einem der Reichsregierung zugegangenen Telegramm heißt es:

„Niemals fühlten sich die Rheinländer inniger mit dem Reiche und seinen Ländern verbunden zu einer Volksgemeinschaft, als in der Stunde der Gefahr!"

Ich möchte nur wünschen, daß man auch in französischen Kreisen diesen Ausdruck der Gefühle des rheinischen Volkes versteht und würdigt. Diejenigen Kreise, die sich im Rheinlande sonderbündlerischer Marionetten bedienen, müßten jetzt einsehen, daß alle ihre Bemühungen, in die rheinische Bevölkerung Keile zu treiben, unmöglich sind. Die rheinische Kultur ist bodenecht. Niemand kann ihr ein fremdes Reis aufpfropfen. Der Gesamtausdruck ist deutsch, ist eine Treue zum Deutschtum, die durch nichts erschüttert werden kann.

Zu den Meldungen, die das Rheinland so stark erregt haben, ist es schwer, lediglich auf Grund von Zeitungsnachrichten zu Beratungen Stellung zu nehmen, die hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben. Pflicht der Reichsregierung ist es, gegenüber derartigen Meldungen Entschlossenheit und Ruhe zu bewahren. Den Anspruch auf ungeschmälerte Zugehörigkeit der rheinischen Gebiete zum großen deutschen Vaterland und zu den beteiligten deutschen Ländern kann auch das unter den Lasten des Vertrages von Versailles seufzende Deutschland niemals aufgeben.

Nochmals kommt kein Augenblick, an dem Deutschland bereit wäre, sich wiederum und von neuem verstümmeln zu lassen. Für uns gilt, daß alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel geschieht, das jedem Deutschen vor allem sicherlich am Herzen liegt: die Befreiung der Rheinlande!

Wir haben mehrfach aus beachtenswertem Munde die Bestimmungen des Versailler Vertrages dahin auslegen hören, daß die für die Besetzung der Rheinlande vorgesehene Frist von 15 Jahren wegen mangelnder Erfüllung des Vertrages noch nicht zu laufen begonnen habe. Diese Auslegungsversuche sind mit den einschlägigen Artikeln des Versailler Vertrages schlechterdings unvereinbar. An der Spitze des Teiles 1 über die Bürgschaften der Durchführung steht der Artikel 428. Dieser Artikel besagt in klarer Weise, daß die deutschen Gebiete westlich des Rheines einschließlich der Brückenköpfe während eines Zeitraumes von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt bleiben. Der Zeitpunkt, an dem der Vertrag von Versailles in Kraft getreten ist, ist nach Artikel 440 der der Niederlegung der Ratifikationsurkunden. Das Ratifikationsprotokoll ist aber am 10. Januar 1920 errichtet worden. Deutschland hat demnach einen Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf von Köln und die übrigen im Artikel 429 genannten Gebiete geräumt werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1930 müssen der Brückenkopf von Koblenz und die übrigen im Versailler Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein, und mit dem Ablauf des 9. Januar 1935 muß der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben!

Der Artikel 429 kann die Zurückziehung der Besatzungstruppen aufschieben, wenn nach Ablauf der 15jährigen Besetzungsfrist die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend erachten. Im Hinblick auf unsere Entwaffnung kann diese einzige Einschränkung nicht geltend gemacht werden, die mit dem Fristenlauf im übrigen nichts zu tun hat.

Sagen Sie der rheinischen Bevölkerung, daß die rheinische Treue zum Reiche mit der Treue des Reiches zu den Rheinländern vergolten werden wird!

Die Londoner Konferenz

Paris, 10. Dezember. Ueber den Verlauf des gestrigen ersten Verhandlungstages in London glaubt Havas, obwohl alle Delegationen das strengste Geheimnis wahren, folgendes mitteilen zu können: Wie es scheine, könne der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland höchstens auf zwei Jahre ein Zahlungsaufschub für seine Goldzahlungen gewährt werden könne. Während dieser Zeit müßten die Sachlieferungen, wenn auch in verringertem Maßstab, weiter erfolgen. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist gesetzliche Maßnahmen erlassen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer Milliarde Goldmark, zu der eine gleichhohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müßte, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Reformen zu besitzen, würden die Alliierten 25 v. H. der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen erheben, sowie die Bergwerke des Ruhrgebietes kontrollieren. Mussolini hat, wie Havas weiter berichtet, der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Ueberzeugung ausspricht, daß, wenn ein Zahlungsaufschub gewährt werden müßte, dies nur gegen gewisse Bürgschaften erfolgen könnte. Mussolini sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel.

Bonar Law habe die französischen Vorschläge in sehr gemäßigter Form kritisiert. Er betrachte die Aufrechterhaltung der Entente cordiale als grundlegende Notwendigkeit, müsse aber auch mit der öffentlichen Meinung in Großbritannien rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmaßnahme gegenüber Deutschland feindlich gesinnt sei. Auch England leide stark unter den Folgen des Krieges. Es sei weit davon entfernt, das Deutsche Reich von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen erlangen aber im Rahmen des Möglichen. Die gegenwärtige englische Regierung werde eine verstärkte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und sicher auch der Erhebung von 25 v. H. vom Werte der deutschen Ausfuhr, sowie von den deutschen Zolleinnahmen zustimmen.

Weiter berichtet Havas: In der gestrigen Nachmittagssitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angeschnitten. Bonar Law habe versichert, daß die britische Regierung, ohne die amtlichen Absichten Amerikas abzuwarten, einen Erlaß der Summen zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schulden. Voraussetzung hierfür sei, daß ein gleiches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne. Anscheinend eröffneten sich nach jeder Richtung, wie Havas hervorhebt, neue Möglichkeiten hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Passiven, deren Erörterung die Balfour-Note im August dieses Jahres verhindert habe. Am Schluß der Londoner Havasmeldung heißt es: Wie man sehe, seien die französische und die britische Auffassung noch ziemlich weit voneinander entfernt, aber im Gegensatz zu den letzten Konferenzen könne man eine allgemeine Lösung erhoffen, da die Beratungen mit gutem Willen fortgesetzt würden.

Aus dem Ausland

Der neue polnische Staatspräsident

Warschau, 10. Dez. Bei der Wahl des Staatspräsidenten an Stelle des Marschalls Pilsudski wurde Narutowicz, der bisherige Minister des Aeußern, mit 289 Stimmen gegen den Grafen Zamoyski, den polnischen Botschafter in Paris, gewählt. Erst im fünften Wahlgange gelang es, alle Gegner der Rechtsparteien zur gemeinsamen Stimmabgabe auf Narutowicz zu vereinigen, der als Vertrauensmann Pilsudskis der gegenwärtigen Regierung angehört. Die Wahl stellt eine Niederlage der chauvinistischen Gruppen dar.

Lausanne und London

Lausanne, 11. Dez. Es zirkulieren hier Gerüchte, nach denen sowohl bei der englischen als auch bei der französischen Delegation Depeschen eingegangen seien, die dahin lauten, daß die Londoner Besprechungen der Ministerpräsidenten trotz starker Gegensätze einen guten Fortgang nehmen. Es heißt, daß gute Aussichten dafür bestehen, daß Deutschland ein Moratorium gewährt wird, das mindestens drei bis fünf Jahre dauern soll, und das sich sowohl auf die Barzahlungen als auch auf die Sachlieferungen beziehen soll. Es scheint aber, daß man auch über die Besetzung des Ruhrgebietes einig ist, und daß man eine neue Zollgrenze vorbereitet, die das gesamte Gebiet umziehen soll.

Die deutsche Sühnenote in Paris

Paris, 11. Dez. Wie die Information meldet, ist die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz betreffend die Vorgänge in Passau und Ingolstadt gestern nachmittag 5.30 Uhr am Quai d'Orsay überreicht worden. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie allein mit Ausschluß jeder Bundesregierung qualifiziert sei, eine offizielle Antwort zu erteilen. Was die Abberufung der Bürgermeister anlange, so weise die deutsche Regierung darauf hin, daß diese Behörden nicht abberufen werden können, da sie gewählt und nicht ernannt seien. Bezüglich der Zahlung der einen Million Goldmark unterwerfe sich die deutsche Regierung der Note der Alliierten. — Nach dem Journal des Debats erklärt sich die deutsche Regierung zwar bereit, die Zahlungen zu leisten, weigere sich aber, die Entschuldigung, die bereits von der bayerischen Regierung geleistet worden sei, zu erneuern. Sie weigere sich ferner, die Polizeipräsidenten der beiden Städte abzuberufen, da die Polizeipräsidenten in diesen beiden Fällen keineswegs kompetent seien. Außerdem seien die Polizeipräsidenten wie die Bürgermeister gewählt und nicht ernannt worden.

Die deutschen Vorschläge in London

London, 11. Dez. Die vom Staatssekretär Bergmann im Londoner Auswärtigen Amte überreichten deutschen Vorschläge, ist den Ministerpräsidenten zur Prüfung vorgelegt worden. Die gestrige Sitzung hat sich mit den in der deutschen Note enthaltenen Vorschlägen befaßt. Der Temps bemerkt: Deutschland schlägt vor, daß ihm ein Moratorium von noch nicht festgesetzter Dauer, je nach dem Erfolge einer inneren Goldanleihe, die es zur Festigung der Mark aufnehmen will, bewilligt wird. Wenn diese innere Anleihe Erfolg hätte, würde das Moratorium sofort ein Ende finden und die Reparationszahlungen sollten wieder beginnen, andernfalls würde man eine auswärtige Anleihe versuchen. — Der Berichterstatter des Journal des Debats glaubt zu wissen, daß die deutsche Note nach Abschluß des Moratoriums jährliche Zahlungen von ungefähr 1200 Millionen Goldmark anbietet.

Lloyd George gegen die Bedrohung des Rheinlandes

Daily Chronicle und Daily Mail veröffentlichen einen ausführlichen Artikel Lloyd Georges über die Zukunft Frankreichs und Deutschlands: „Der Pakt Großbritanniens und die Bedrohung des Rheinlandes". Der frühere Premierminister geht aus von der Erklärung Clemenceaus in den Vereinigten Staaten von Amerika, daß Großbritannien in der Frage der Garantierung Frankreichs gegen einen deutschen Angriff nicht Wort gehalten habe, und weist nach, daß das Angebot in Cannes erneuert worden sei. Der Grund der Ablehnung sei dunkler Art.

Wenn Frankreich Großbritanniens Garantie der Verteidigung seiner Grenzen annehme, so entschwinde damit jede Entschuldigung für die Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich. Wenn das die Bedeutung habe, daß die französischen Minister entschlossen seien, sich unter keinen Bedingungen vom Rhein zurückzuziehen, so beginne ein neues Kapitel in der Geschichte Europas und der Welt.

Deutsches Reich

Bayern und das Reich

München, 10. Dez. Auf der gestrigen Tagung des bayerischen Industriellenverbandes erklärte Staatsminister Dr. v. Meinel: Die wirtschaftliche Verflechtung Bayerns mit dem Reich sei so vielseitig und eng, daß jede Lockerung den bittersten Schaden für alle bedeuten würde. Er werde stets dafür eintreten, dem Reich zu geben, was des Reiches sei, doch auch das Reich müsse Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der bayerischen Wirtschaft haben. (Zustimmung.) Die Aussichten für eine Verständigung zwischen Bayern und dem Reich seien heute günstiger als je zuvor, und der frühere bayerische Handelsminister und jetzige Chef der Reichskanzlei, Hamm, werde sicherlich eine Brücke bauen können.

Nationalsozialistische Putsche

Der preußische Minister des Innern Severing erklärte einem Redaktionsmitglied des „V. T." in einer Unterhaltung über die Lage in Preußen, daß nach zuverlässigen Meldungen die nationalsozialistische Partei in Bayern die Absicht habe, einen Vorstoß nach Norden zu machen, einen Krawall anzuzetteln, der in Thüringen seinen Hauptummelplatz haben solle. Es sei unter anderem geplant, ein Quartier nach Bamberg zu verlegen und dann von dort nach Erfurt vorzustoßen. Es soll auch die Absicht bestehen, ähnlich wie seinerzeit nach Koburg, Streifzüge in thüringisches oder preußisches Land vorzunehmen, und zwar mit so starker Bewaffnung, daß dagegen auch die Polizei nicht aufkommen könne. „Ich muß," so führte Severing wörtlich aus, „gestehen, daß ich einem solchen Nordlandritt auf preußisches Gebiet nicht ungern entgegensehe. Denn darauf können sich die Herren verlassen: jeder Versuch, Methoden, wie sie in der Presse mitgeteilt worden sind, auf preußisches Gebiet zu übertragen, würde von hier aus nicht nur mit einer ausreichenden Zahl von Polizeimannschaften, sondern auch mit solchen Kampfmitteln gebrochen werden, daß die Herren ein solches Vorkommnis jedenfalls nicht zu den angenehmsten Episoden ihres Lebens zählen werden. Die Möglichkeit liegt nahe, daß die wachsende Teuerung und die möglicherweise zunehmende Arbeitslosigkeit von gewissenlosen und staatsfeindlichen Elementen ausgenutzt wird, um Unruhen zu provozieren. Ich bin mir selbstverständlich voll bewußt, daß mit polizeilichen Mitteln allein diesen Dingen nicht abgeholfen werden kann. Wohl aber ist es notwendig, daß der Staat von seinen Machtmitteln den erforderlichen Gebrauch macht. Ich werde deshalb fortfahren, auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutze der Republik staatsfeindliche Organisationen aufzulösen, in welcher Verkleidung sie auch auftauchen. So ist mir jetzt gemeldet worden, daß sich ein neuer Verband Oberschutz gebildet hat. Allen diesen Dingen werde ich rücksichtslos auf den Grund gehen."

SLUB
Wir führen Wissen.